

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: armscontrol@seco.admin.ch

Bern, 02. Juli 2020

Vernehmlassung: Änderung des Kriegsmaterialgesetzes als indirekter Gegenvorschlag zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Für die CVP ist es fundamental, dass internationale Konflikte friedlich beigelegt werden können und die Menschenrechte respektiert werden. Daher hat sie sich während der Herbstsession 2018 klar gegen eine Lockerung der Kriegsmaterialverordnung ausgesprochen. Die CVP unterstützt eine eigene und unabhängige sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis (STIB) und ist sich bewusst, dass die Schweiz als kleiner Markt auch auf Exporte angewiesen ist.

Zur Initiative

Die Initianten wollen Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer verhindern (zurück zum Status Quo von 2014 mittels Verbot von Kriegsmaterialausfuhren in Länder mit Menschenrechtsverletzungen) und die Bewilligungskriterien nicht mehr auf Verordnungsebene, sondern mittels Verboten auf Verfassungsstufe regeln. Damit würde dem Bundesrat die Kompetenz für Anpassungen entzogen.

Die CVP kann die Gründe der Initianten grundsätzlich nachvollziehen, lehnt diese jedoch aus folgenden Gründen ab: Mit der Verankerung auf Verfassungsstufe würden Parlament und Bundesrat ihren Handlungsspielraum im Bereich der STIB verlieren und die Normenhierarchie wäre verletzt. Eine bevorzugte Behandlung von Ersatzteillieferungen für bereits getätigte Exporte wäre nicht mehr möglich, was den Ruf der Schweiz als verlässliche Wirtschaftspartnerin und die Konkurrenzfähigkeit von Schweizer Firmen beeinträchtigen könnte.

Zum Gegenvorschlag

Die Motion, die zur letzten Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes geführt hat, wurde im Frühling 2014 im Nationalrat äusserst knapp mit 93 zu 93 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen. Dieses Stimmverhältnis zeigt, wie schwierig es ist, die richtige Balance zwischen einer eigenständigen STIB zur Wahrung einer unabhängigen und neutralen Verteidigung, der humanitären Tradition der Schweiz und Friedensbemühungen weltweit zu finden.

Für die CVP ist diese Balance mit der Variante 2 der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage eher gegeben. Diese soll dann dem Parlament als indirekter Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative vorgelegt werden. Diese Lösung stärkt die Rolle des Parlamentes im Prozess unter Bewahrung der Normenhierarchie. Über das fakultative Referendum hätte auch das Stimmvolk die Möglichkeit, seine Meinung kundzutun. Ebenfalls bleiben so Ersatzteillieferungen für aus der Schweiz exportiertes Kriegsmaterial möglich, was den Vertrauensschutz gewährleistet. Mit der Rückkehr zum Status Quo von 2014 wird auch das Risiko eliminiert, dass Schweizer Waffen in Ländern mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen können. Die Variante 2 dürfte es dem Initiativkomitee schliesslich nicht zuletzt am ehesten ermöglichen, die Initiative zurückziehen.

Aufgrund dieser Ausführungen unterstützt die CVP die Variante 2 als indirekten Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz